

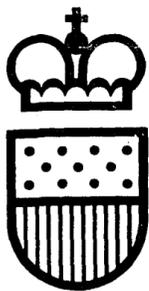
AZ - FL-9494 Schaan

Montag, 25. Juni 1979

112. Jahrgang Nr. 115

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag/Samstag als Wochenendausgabe

Liechtensteiner



Jeden Donnerstag an alle Haushaltungen

Volksblatt

GRANIT

Wir liefern und versetzen Marmor, Granit, Quarzit und Kunstmarmor in grosser Auswahl

E. Vogt + Söhne • Granit- und Marmorwerk Zollstrasse 76-78 • FL-9494 SCHAAN Telefon: 075/218 95 Telex: 77783 evos fl

MAROR

Redaktion: Telefon (075) 2 42 42 / 43

mit den amtlichen Publikationen

Einzelpreis: 60 Rp.

Heitere Stimmung und fröhliche Gesichter

Das erste Wochenende an der 2. Liechtensteinischen Industrie-, Handels- und Gewerbeausstellung

Mehr als 6000 Besucher in 2 Tagen und strahlendes (fast zu heisses und hochsommerliches) Wetter kennzeichneten das erste Wochenende an der zweiten Liechtensteinischen Industrie-, Handels- und Gewerbeausstellung (LIHGA), die am Freitagabend vom Ressortchef Wirtschaft in der Fürstlichen Regierung, Dr. Walter Kieber, offiziell eröffnet wurde. Prominenteste Ehrengäste: S. D. Fürst Franz Josef II. von Liechtenstein und I. D. Fürstin Gina, die sich von LIHGA-Präsident Günther Wohlwend und vom Präsidenten der Gewerbevereinschaft, Josef Frick, durch die neue liechtensteinische Leistungsschau führen liessen.



Unter den Ehrengästen, die in Schaan auch von Gemeindevorsteher Lorenz Schierscher herzlich begrüsst wurden, waren auch dieses Mal wieder eine ganze Reihe prominenter Vertreter des öffentlichen Lebens aus dem Inland und der Nachbarschaft.

Schönes Wetter

Der Gewitterregen zur offiziellen Eröffnung am Freitagabend war nur eine vorübergehende Sache: am Samstag und am Sonntag stiegen die Temperaturen in den Zelten auf über 30 Grad an. Aussteller und Besucher (es kamen viel mehr als man aufgrund des schönen Wetters erwartet hatte), schätzten die kleinen Ecken, an denen es ein bisschen Durchzug gab. Star für viele an diesen ersten zwei LIHGA-Tagen:

Volksblatt-Wettbewerb

Wer gewinnt einen Städteflug?

Grossen Anklang hat an der LIHGA 79 auch der Wettbewerb gefunden, den das VOLKSBLATT zusammen mit dem Reisebüro POSTILLON durchführt. Jeder kann mitmachen! Es geht um die Frage, welcher LIHGA-Stand den Besuchern am besten gefallen hat. Wettbewerbs-Formulare können beim VOLKSBLATT-Stand (Halle 1, gleich beim Eingang) oder beim Stand des Reisebüros POSTILLON (Halle 1 - Stand 108) bezogen werden.

Die ausgefüllten Wettbewerbsformulare müssen beim VOLKSBLATT-Stand wieder abgegeben werden. Die meistgenannten Stände entsprechen auch den richtigen Lösungen. Die Preisverteilung findet am Donnerstagabend beim Stand des Reisebüros POSTILLON statt.

Volksblatt-Stamm

Willkommen im LIHGA-Wirtschaftszelt

Das VOLKSBLATT hat im LIHGA-Wirtschaftszelt einen eigenen Stammtisch reserviert. Gleich rechts beim Eingang. Jedermann ist herzlich willkommen. Treffpunkt VOLKSBLATT-Stamm im LIHGA-Wirtschaftszelt. Die ganze Woche über von 13 Uhr an!

Einer der ersten LIHGA-Besucher am gestrigen Sonntag morgen: S. D. Erbprinz Hans Adam von Liechtenstein. Unsere Aufnahme zeigt den Erbprinzen zusammen mit den LIHGA-Ausstellern Herbert Ospelt (Malbuner Speck) und Oskar Wächter (Metzgermeisterverband). (Bild: Xaver Jehle)

das Entlüftungsgebläse der STABAG in Balzers, das wenigstens den vorderen Teil der zwei Hauptausstellungszelte mit Frischluft versorgte. Emil Tribhorn von der STABAG zum VOLKSBLATT: «Wir pumpen pro Entlüftungsanlage rund 30 000 Kubikmeter Luft in die Zelte. Leider wurden keine Verteilungsrohre installiert. So erreichen wir nur die vordere Hälfte der Zelte». (Mehr auf Seite 2 und 3 im heutigen VOLKSBLATT.)

«Von einer Blockade der Regierungsgeschäfte kann nicht die Rede sein»

Interview mit Dr. Walter Kieber über den angeblichen Konflikt in der Regierung

Das Parteiblatt der Vaterländischen Union («Liechtensteiner Vaterland») überraschte in der Samstagsausgabe (23. Juni) die Öffentlichkeit mit der Mitteilung von einer angeblichen «Blockade der Regierungsgeschäfte». Der Grund laut VU-Parteiblatt: «... die Anstellung eines neuen Amtseleiters für das Amt für Briefmarkengestaltung». Der Artikel ist mit heftigen Angriffen gegen die zwei Mandatsträger der FBP in der Regierung verbunden. Lesen Sie dazu das nachstehende VOLKSBLATT-Interview mit Reg.-Chefstellvertreter Dr. Walter Kieber:

VOLKSBLATT: Herr Dr. Kieber, im «Vaterland» vom letzten Samstag sind gegen Sie und Ihren Regierungskollegen Anton Gerner schwere Vorwürfe erhoben worden. Man spricht von «Blockade der Regierungsgeschäfte» und von einer «neuerlichen Eskalation in der destruktiven Haltung der FBP-Spitze». Finden Sie nicht, dass

die Öffentlichkeit einen Anspruch hat, zu erfahren, was sich hier tut?

DR. KIEBER: An sich spreche ich nur ungern darüber. Schliesslich geht es um eine Angelegenheit, die eigentlich im Regierungskollegium ausgemacht und bereinigt werden sollte. Aber nachdem nun das «Vaterland» (und damit immerhin die Zeitung der Regierungspartei) die Angelegenheit in der Öffentlichkeit verbreitet, bin ich fast gezwungen, etwas dazu zu sagen. Es ist richtig, dass wir in der Regierung der VU-Mehrheit ein «Bis-hierher-und-nicht-weiter» entgegengesetzt haben, und zwar in einem Einzelfall, der einen wichtigen staatspolitischen Aspekt hat. Von einer Blockade der Regierungsgeschäfte kann überhaupt keine Rede sein. Schliesslich handelt es sich hier nur um eines von Hunderten von Traktanden, mit denen sich die Regierung im Laufe der Wochen zu befassen hat.

VOLKSBLATT: Sie sprechen von einem staatspolitischen Aspekt. Liest man das «Vaterland», dann hat man eher den Eindruck, dass eine parteipolitische Streiterei dahintersteckt, bei der es um die Anstellung eines Amtseleiters geht. DR. KIEBER: So einfach ist das nicht. Die VU versucht seit einiger Zeit einen ihrer Parteigänger zum Leiter des Amtes für Briefmarkengestaltung zu bestellen. Dies ist für uns keineswegs neu, weil die Union seit der Übernahme der Mehrheit in der Personalpolitik die Begünstigung ihrer Anhänger zum obersten Prinzip gemacht hat. Diese Politik ist zwar bedenklich. Wir müssen sie als Minderheit aber hinnehmen. Im speziellen Fall aber geht es nicht nur um einen Parteigänger der Union, sondern um einen VU-Exponenten, der als Abgeordneter im Landtag sitzt und nun noch gleichzeitig den Sessel eines Chefbeamten in der Landesverwaltung einnehmen will. Dies ist

eine dem öffentlichen Interesse abträgliche Konzentration staatlicher Machtausübung. Ich kann doch nicht dafür sein, dass ein und dieselbe Person bald als Chefbeamter tätig und damit der Regierung untergeordnet ist, bald als Abgeordneter über der Regierung steht, die gesamte Staatsverwaltung und am Schluss noch sich selbst kontrolliert. Diese Unvereinbarkeit ergibt sich aus der verfassungsmässigen Gewaltentrennung.

VOLKSBLATT: Ist die Frage der Unvereinbarkeit nicht ohnehin im Parlament anhängig?

DR. KIEBER: Das ist richtig und ich bin sicher, dass hier auch eine Lösung gefunden werden kann. Schliesslich war man sich schon 1973 im Landtag, bis auf die Vorsteherfrage, einig darüber, welche staatlichen Funktionen mit dem Mandat eines Landtagsabgeordneten nicht vereinbar sind. Dazu gehörten selbstverständlich auch die Regierungsmandate und die Funktionen von Beamten oder Staatsangestellten.

VOLKSBLATT: Die Frage der Unvereinbarkeit steht mit auf der Ta-

gesordnung der Landtagssitzung von 5. Juli. Trotzdem will die Union offenbar diesen Termin nicht abwarten und eine Prestigefrage aus dieser Anstellung machen. Sie kümmert sich offenbar wenig um die von Ihnen geäusserten Bedenken. Sicher ist doch, dass die Fronten verhärtet sind. Wie soll die Sache nun weitergehen?

DR. KIEBER: Ich hoffe, dass die Vernunft obsiegen wird und bald interfraktionelle Gespräche stattfinden. Jede Dramatik ist fehl am Platze. Schliesslich spielt es keine Rolle, ob diese Stelle ein paar Wochen früher oder später besetzt wird. Wenn der bisherige Amtseleiter auch die Altersgrenze erreicht hat, so ist das Amt dennoch in guten Händen. Auch das Briefmarkenausgabeprogramm ist langfristig schon festgelegt. Die Angelegenheit wird wesentlich von der Besonnenheit des Regierungschefs abhängen, der es nun in der Hand hat, die Sache als «begrenzten Konflikt» einzustufen — so wie es in vielen Fällen früher möglich war — und zwar ohne darunter die gesamte Regierungsgeschäfte leiden zu lassen. (Wir verweisen auch auf den VOLKSBLATT-Kommentar zum gleichen Thema auf dieser Seite, oben rechts.)